

Giftiger Rauch: Krebs bei der Feuerwehr

Eine Studie bestätigt das Risiko. Der Berufsverband fordert, dass die Krankheit als berufsbedingt anerkannt wird.



Feuerwehrleute sehen sich bei Einsätzen oft giftigem Rauch und Dämpfen ausgesetzt. © Fotos: Peer Hellerling

Lübeck. Rauchschwaden quillen durch die Fenster nach außen, auf dem Mauerwerk bleiben schwarze Rußflecken zurück. Mittendrin im dicken Qualm: Feuerwehrleute unter Atemschutz, die den Brandherd bekämpfen. Vor dem Gebäude: Kollegen, die zum Beispiel die Drehleitern bedienen oder mit dicken Wasserschläuchen ebenfalls gegen die Flammen vorgehen oder andere Gebäudeteile kühlen. Sie alle verbindet die Gefahr, giftige Rauchpartikel einzuzatmen oder über die Haut aufzunehmen.

Und nun hat sich durch eine Studie herausgestellt: Hodenkrebs, Prostatakrebs beziehungsweise Gebärmutterkrebs, Lungenkrebs, Leukämie und Schilddrüsenkrebs stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Feuerwehr-Arbeit. „Wir fordern daher, dass Krebs als Berufskrankheit anerkannt wird“, sagt Andreas Holst, Vorsitzender des Lübecker Zweigs des Berufsverbands Feuerwehr. Außerdem sollen jährliche Untersuchungen eingeführt werden, um die Krankheiten schnell zu erkennen. Das Risiko zu erkranken liege bereits nach fünf Jahren im Einsatzdienst mehr als 20 Prozent über dem des Bevölkerungsdurchschnitts — und nach 15 Berufsjahren liege das Risiko laut Holst bereits bei mehr als 30 Prozent.

Der Lübecker Ortsverband hat bereits erste Daten zusammengetragen: Vier von fünf der 2014 gestorbenen Berufsfeuerwehrleute waren an Krebs erkrankt, einer von ihnen war noch berufstätig. Laut Verband sind seit 2009 insgesamt drei aktive Feuerwehrleute gestorben, die Krebs hatten. „Wir können in allen Fällen zwar nicht sagen, ob die Krankheit von den Einsätzen herrührt“, stellt Holst klar, „aber alle hatten die Krankheit.“ Diese erste Bilanz spreche daher „eine eindeutige Sprache“. Deshalb will der Berufsverband eine größer angelegte Analyse in Lübeck starten.

Die jüngsten Erkenntnisse gehen zurück auf eine Studie der Universität von Cincinnati in den USA. Die Forscher führten mehrere Untersuchungen aus Chicago, Philadelphia und San Francisco seit 2009 zusammen, die Daten von 29993 Rettern wurden im Anschluss analysiert. Die Feuerlöscher sind bei brennenden Autos, Wohnungen und Mülltonnen einer Vielzahl von giftigen Stoffen ausgesetzt: zum Beispiel Arsen, Diesel, Dioxin, Chloroform, Blausäure, Asbest; viele davon in Wänden oder Kunststoffen gebunden, bei Feuer werden sie freigesetzt. „Die feinen Partikel legen sich auf den Einsatzkleidungen und der Haut ab“, sagt Holst. Auf der Rückfahrt zur Wache nimmt der Körper die Stoffe dann auf. Holst: „Viele kurbeln schon immer die Fensterscheibe runter, weil es im Wagen so nach Rauch riecht und alles in den Augen juckt.“

Doch die darüber hinaus beträchtliche gesundheitliche Gefahr wurde nun erstmals deutlich und habe auf der vergangenen Personalversammlung der Lübecker Berufsfeuerwehr für viele verduztte Gesichter gesorgt. Der Berufsverband will erreichen, dass sich die Einsatzkräfte bereits vor Ort umziehen. „Die kontaminierte Kleidung darf nicht erst in der Wache abgelegt werden“, sagt Holst. „Damit setzt man die Gesundheit aufs Spiel.“ Schon heute sei es üblich, dass kontaminierte Schläuche und Atemschutzgeräte zum Reinigen vom Einsatzort abgeholt würden. Ähnliches schwebt dem Berufsverband auch für die Kleidung vor. „Entsprechendes Personal muss vorhanden sein“, fordert Holst.

Innensenator Bernd Möller (Grüne) nimmt das Krebs-Problem sehr ernst. „Wir werden eine Auswertung der verfügbaren Gesundheitsdaten veranlassen“, sagt er. Gleichzeitig vermutet der Senator aber, dass vor allem Ältere betroffen sein dürften, die vor mindestens zehn Jahren im aktiven Dienst waren. Seither hätten sich Sicherheitsbestimmungen, Ausrüstung und der Umgang mit Rauchen sowie Alkohol deutlich verändert. Sollten die Studien aber dennoch ergeben, dass Lübecks Brandschützer „unvertretbar belastet werden“, so bestehe natürlich Handlungsbedarf. Möller: „Dann werden wir möglichst zeitnah reagieren und uns mit Maßnahmen wie dem vorsorglichen Wechseln der kontaminierten Einsatzkleidung befassen.“

Berufskrankheit

73 574 Fälle gab es 2012 bundesweit, in denen der Verdacht auf eine Berufskrankheit bestand. Letztlich anerkannt wurden 15 949, an den Folgen einer Berufskrankheit starben 2468 Menschen. Die Daten stammen aus dem Bericht „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ des Bundesarbeitsministeriums.

Als Berufskrankheit gilt, was in der Berufskrankheiten-Verordnung aufgelistet ist. Bis es soweit ist, muss für die Berufsgruppen wissenschaftlich nachgewiesen werden, dass diese den Ursachen „in erheblich höherem Grad als die übrige Bevölkerung ausgesetzt sind“, heißt es in Paragraf 9 des Siebten Buches des Sozialgesetzbuches.

Peer Hellerling

Quelle: LN Online, Sonntag, 30.11.2014

Text u. Fotos: Peer Hellerling